

Caroline Weimann
Philip Husemann

**Die
POLITIK
von
MORGEN**

**Wie politische Talente
unsere Demokratie
retten können**



Caroline Weimann
Philip Husemann

**Die
POLITIK
von
MORGEN**

**Wie politische Talente
unsere Demokratie
retten können**



Caroline Weimann
Phillip Husemann

mit Bettina Wüdrich

Die Politik von morgen

Caroline Weimann und
Phillip Husemann

mit Bettina Wüdrich

Die POLITIK von MORGEN

**Wie politische Talente unsere
Demokratie retten können**



Für Rolf Mathies

Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht,
wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen,
zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will,
daß er all dem gegenüber: „dennoch!“ zu sagen vermag,
nur der hat den „Beruf“ zur Politik.

(Max Weber, Politik als Beruf, 1919)

Never doubt that a small group of thoughtful,
committed citizens can change the world.
Indeed, it's the only thing that ever has.

(Margaret Mead zugeschrieben, 1901–1978)

Inhalt

TEIL I

Politik – warum der Verdruss, woher die Wut? 11

TEIL II

Politische Talente – mit Mut zum Morgen 57

Verena Hubertz	60
Theresa Gröninger	72
Luca Piwodda	88
Laura Staudacher	104
Christiana Bukalo	116
Johanna Röh	128
Mehmet İldeş	140

TEIL III

*Das Demokratiewunder – Vision und erste Ideen
einer Politik von morgen* 153

TEIL I

Politik – warum der Verdruss, woher die Wut?

Am 25. November 2023 traf sich in Potsdam eine Gruppe Gleichgesinnter, um die Deportation von Migrantinnen und Migranten aus Deutschland zu planen.¹ Sie stehen in der Tradition derer, die gut achtzig Jahre zuvor, etwa zehn Kilometer Luftlinie entfernt, die systematische Auslöschung des jüdischen Lebens in Deutschland planten: Ihr erster Plan sah damals die „Remigration“ der Jüdinnen und Juden nach Madagaskar vor. Potsdam gäbe einen „Vorgeschmack auf das, was passieren könnte, sollte die AfD in Deutschland an die Macht kommen“, so das Recherche-Netzwerk Correctiv, das das Geheimtreffen aufdeckte.² Und es gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die Dinge wieder eskalieren können in Deutschland. Nie wieder ist jetzt, nie war das klarer. Dieses Buch versucht ein Kunststück: Vor dem Hintergrund dieser krassen politischen Lage, den Erdrutschsiegen von Rechtsextremen in den ostdeutschen Bundesländern, der Wiederwahl Donald Trumps, der zerbrochenen Ampel-Bundesregierung wollen wir Hoffnung geben und Mut machen, denn eine bessere Politik ist möglich. Gerade jetzt. Und: Es gibt berechtigte Hoffnung, dass unser Fundament, die Demokratie, hält.

Hoffnung gibt beispielsweise Polen, das sich 2023 die liberale Demokratie wieder erkämpft hat – gegen die autoritäre, rechte Regierung der PiS-Partei. „Ich bin seit vielen Jahren Politiker und ich bin Sportler. Nie in meinem Leben war ich so glücklich über einen zweiten Platz wie heute. Polen hat gewonnen, die Demokratie hat gewonnen – wir haben sie von der Macht abgesetzt.“³ Das waren die Worte von Donald Tusk nach den Parlamentswahlen in Polen am 15. Oktober 2023. Zu

dem Zeitpunkt war Tusk noch Oppositionsführer in einer fast abgeschafften Demokratie.

Doch bevor wir uns der Zuversicht, dem Mutmachenden und dem Gelingen der Demokratie (ja, wir glauben fest daran!) zuwenden können, müssen wir das Problem und die Gefahren für die Demokratie, insbesondere in Deutschland, umreißen. Wir müssen genau verstehen, wie es dazu kommen konnte, dass Rechtsradikale wieder Deportationspläne schmieden und eine in Teilen offen rechtsextreme Partei zu einer der beliebtesten Parteien Deutschlands wurde, kaum mehr als zehn Jahre nach ihrer Gründung im Jahre 2013. Wir müssen Fragen stellen, die wehtun, zum Beispiel: Warum gelingt den Demokratiefreunden eine erfolgreiche Parteigründung, die strategisch und taktisch durchdachte politische Mobilisierung mit klarer Kommunikation, Vision und Aufbruchstimmung – nicht aber den Demokraten?

Wer genug von Problemanalysen hat (verstehen wir!), blättert einfach weiter auf Seite 57. Dort geht es los mit dem Blick nach vorne, wie wir endlich rauskommen aus der politischen Krise. Und es warten wunderbare, hoffnungsvolle Geschichten politischer Talente mit Lösungsansätzen.

Warum dann überhaupt noch eine Problemanalyse machen? Der politische Essayist Georg Dietz spricht von der fast narkotisierenden Wirkung, die das inflationär verwendete Wort „Demokratiekrise“ auslöst.⁴ Vor allem aber ermüdet, dass es meist nur um die Symptome geht, also die äußersten Anzeichen der Krise. Und dennoch: Wir können die Probleme nur dann lösen, wenn sie klar umrissen sind, von uns allen verstanden werden – unbedingt ursächlich und nicht allein symptomatisch. Es ist auch durchaus intendiert, dass Sie, liebe Leserin, lieber Leser, sich an mancher Stelle an die eigene Nase fassen und kritisch reflektieren, wo man selbst, schnell getriggert, über „die unfähigen Politiker“ schimpft und gefährliche Worte wie „Staatsversagen“ in den Wortschatz aufnimmt, sich im Verdruss von „der Politik“ abwendet,

als ginge sie einen nichts an. Dass die Bevölkerung der Demokratie überdrüssig wird, genau das Ziel verfolgen die Feinde der Demokratie. Spielen wir ihr Spiel nicht mit. Es steht uns frei, die Demokratie nicht nur zu retten, sondern auch in eine gute Zukunft zu führen. Jede und jeder von uns kann dazu beitragen.

Wir wollen uns in dem folgenden Kapitel vor allem auf die für unsere repräsentative Parteiendemokratie wesentlichen Probleme fokussieren, samt erster Ansätze zur Lösung ebendieser. Wir, Caroline Weimann und Philip Husemann, beschäftigen uns seit 2019 – dem Jahr, in dem wir die Organisation JoinPolitics aus der Taufe gehoben haben – besonders intensiv mit dieser Problemanalyse. Denn wir unterstützen und fördern mit JoinPolitics den demokratischen Nachwuchs, der passgenaue Lösungen für diese Probleme entwickeln und umsetzen kann.

Wann ging das los mit der Demokratiekrise – und was genau ist damit gemeint?

Lange gehörte die Stabilität der Demokratie, die uns nach dem Zweiten Weltkrieg beigebracht wurde, zu Deutschland wie die Elbe zu Hamburg oder der Dom zu Köln. Ein stolzes, starkes Land präsentierte sich zur Fußball-WM 2006 weltoffen, selbstbewusst, zukunftsfröh, liberal-demokratisch. Die Welt war zu Gast bei Freunden, die Bürger erfreuten sich an dem fast kindlichen Spaß der Bundeskanzlerin, ihrer ikonischen Jubelpose: beide Arme halbhoch gestreckt, die Fäuste zum Sieg geballt, nach dem Spiel feixend neben Poldi und Schweini. Das stand für so viel mehr als die Siege gegen Costa Rica oder Argentinien. Erst waren wir Papst, dann kam das Sommermärchen. Diese Leichtigkeit in diesem schwermütigen Land, das war wahrlich märchenhaft. Wer hält uns diesen Moment fest? Doch so ist das mit Momentaufnahmen: Sie zeichnen nicht das Gesamtbild, sind oft trügerisch. Was hätten wir gelacht, hätte es uns damals jemand prophezeit, dass ge-

nau zehn Jahre später Großbritannien aus der EU austreten und die USA Donald Trump zum Präsidenten wählen würden. Wie ungläubig wären wir gewesen, hätte uns damals jemand gesagt, dass Deutschland aufgrund eines Rechtsrucks von seinen Nachbarn und Partnern nicht mehr als sicherer Ort betrachtet werden würde.

Ein Fisch, so lernen wir es in dem berühmten Essay von David Foster Wallace, ist sich nicht darüber bewusst, dass er im Wasser schwimmt, weil es so allgegenwärtig ist.⁵ Demokratie war für uns in der westlichen Welt – damals, bevor sich im Jahr 2016 alles ändern sollte – wie das Wasser für die Fische. Sie gehörte *so offensichtlich* zu unserem Leben dazu, dass wir die Demokratie nicht nur nicht ausreichend wertgeschätzt, sondern sie auch zu wenig gepflegt, weiterentwickelt und modernisiert haben.

Dabei berichtete der ARD-Deutschlandtrend schon 2006, im Jahr des glückseligen Sommermärchens, dass die Mehrheit der Deutschen, nämlich 51 Prozent, unzufrieden waren mit dem Funktionieren der Demokratie⁶ – der niedrigste Zustimmungswert, der bis dahin je im Deutschlandtrend gemessen wurde. Immerhin: Damals wie heute bewerten 85 bis 90 Prozent der Deutschen die Demokratie als die richtige Regierungsform.⁷ Wir sind also weit von einer systemischen Infragestellung der Demokratie entfernt. Das Problem ist die politische Praxis. 2023 sind laut Deutschlandtrend nur noch 44 Prozent der Deutschen mit dem Zustand der Demokratie zufrieden, nochmals sieben Prozent weniger als 2006.⁸

Wenn eine Demokratie endet, dann tut sie das heutzutage selten explosionsartig oder durch einen Akt der Gewalt, wie beispielsweise einen Militärputsch oder eine Revolution. Vielmehr erodieren sie schleichend, fast schon geräuschlos, jedenfalls in kaum merklichen Schritten, so die Kernthese von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in „Wie Demokratien sterben“, weiterhin das Standardwerk zum globalen Verständnis der Demokratiekrise.⁹ Ein bisschen wie beim sprichwörtli-

chen Frosch, der in das kalte Wasser eines Kochtopfes gesetzt wird und nicht spürt, wie es wärmer und wärmer wird, bis zum Siedepunkt und seinem Ableben.

„Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne“, konstatieren Levitsky und Ziblatt.¹⁰ Geschickt werde der Bevölkerung vorgegaukelt, man stärke die Demokratie, indem angeblich korrupte Richter abgesetzt oder der öffentlich-rechtliche Rundfunk mittels Verleumdung und Desinformation desavouiert würden.¹¹ Wenn „die Alarmglocken der Gesellschaft“ also nicht anschlagen, können die Antidemokraten ihr perfides, strategisch und taktisch meist äußerst kluges Spiel mit der demokratischen Öffentlichkeit vollführen; oftmals stehen demokratische Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft nur stauend am Spielfeldrand und versuchen im Ping-Pong der Hetze, Lügen und Unwahrheiten nachzuvollziehen, welcher Spin, welches Framing als Nächstes in die Familien-WhatsApp-Gruppe und den TikTok-Feed des besten Freundes gespült wird.¹²

Jüngst erzählte uns ein Bekannter aus Sachsen-Anhalt, dass in dem WhatsApp-Chat der Gymnastikgruppe seiner Oma regelmäßig TikTok-Videos von Ulrich Siegmund auftauchen. Siegmund ist Fraktionsvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt. Laut Correctiv sei er Teil der rechtsextremen Gruppierung gewesen, die im November 2023 in Potsdam die Deportationspläne geschmiedet habe.¹³ Vor Ort schätzt man Ulrich Siegmund, der in seinen TikTok-Videos seinen über 460.000 (Stand 31.10. 2024) Followern „Mut zur Wahrheit“ verspricht. Für Botschaften wie „Fernseher aus – Kopf an“ oder „Wie die Medien DICH manipulieren“ bekam er bis jetzt über sieben Millionen Likes, Tendenz stark steigend. Dieses Beispiel macht konkret, was Levitsky und Ziblatt mit der schleichenden Erosion demokratischer Normen meinen. Rechtsextremistische Organisationen agieren smart und subtil, immer die langsame Erosion im Blick, in kleinen Schritten. Ist die NPD in den 1990er-Jahren noch so plump aufgetreten, dass ein Verbotsverfah-

ren vor allem an der politischen Bedeutungslosigkeit der Partei scheiterte, agiert die AfD in ihrer Komplexität und ihrem Geschick mit Leuten wie Ulrich Siegmund deutlich anders. Von politischer Bedeutungslosigkeit keine Spur, im Gegenteil. Im Frühjahr 2026 könnte Ulrich Siegmund die stärkste Fraktion im Landtag in Sachsen-Anhalt anführen.

„Demokratien sterben weiterhin, aber auf eine andere Weise“, so Ziblatt und Levitsky. „Gewählte Autokraten halten eine demokratische Fassade aufrecht, während sie die demokratische Substanz auflösen“.¹⁴ In Venezuela wurde 2011, auf dem Höhepunkt des autokratischen Chavismus, eine Umfrage zum Status der Demokratie durchgeführt. Derzufolge verorteten 51 Prozent der Befragten ihr Land auf einer Skala von eins (gar nicht demokratisch) bis zehn (völlig demokratisch) bei acht oder höher.¹⁵

Das Beispiel lehrt uns: Wir dürfen uns niemals darauf verlassen, dass wir es „mittlerweile besser wissen“. Niemand ist immun gegen Propaganda, Manipulation und Desinformation. Zumal das Zeitalter der künstlichen Intelligenz gerade erst begonnen hat. Auch wegen dieser immerwährenden Gefahr der Manipulation sind Ziblatt und Levitsky der Meinung, dass nicht primär der Souverän, also das Wahlvolk der Bürgerinnen und Bürger, die demokratische Ordnung und ihre Normen zu verteidigen und stabilisieren haben, sondern die demokratischen Parteien als Wächter der Demokratie.¹⁶ Sie organisieren die politischen Profis und Insider. Zu ihren Aufgaben zählt es, erstens die eigenen Reihen sauber zu halten, Extremisten und Populisten ausfindig zu machen und notfalls aus der Partei zu werfen, zweitens Bündnisse mit antidemokratischen Kräften zu meiden und drittens aufstrebende antidemokratische Parteien zu isolieren und von der Macht abzuhalten, indem sie auch Bündnisse mit andersdenkenden demokratischen Parteien schließen. Letzteres hat sich in der Vergangenheit beispielsweise in Finnland und Belgien als die wirksamste Wächterfunktion

gegen drohende Machtübernahmen von Antidemokraten erwiesen. Das krasse Gegenteil haben wir 1933 in Deutschland erlebt. Es wäre schwer zu behaupten, dass in den 1920er-Jahren eine Mehrheit der Bevölkerung für eine autoritäre Regierungsform gewesen wäre. Die Wahlergebnisse für die NSDAP lagen in diesem Zeitraum stets unter sieben Prozent.¹⁷ Dass Hitler 1933 an die Macht kam, lag vor allem auch daran, dass etablierte Politiker ihm die Hand reichten und letztlich die Macht übergaben. Während es also wichtig ist, dass die Bevölkerung extremistische Verlockungen erkennt und darauf reagiert, ist es doch umso wichtiger, dass die Parteien willens und auch in der Lage sind, ihre Wächterfunktion durchzuführen. Dazu gehört, dass sie qualifiziertes politisches Personal finden, fördern und in Ämter und Mandate bringen.

Die besondere Rolle und Verantwortung der demokratischen Parteien

Eine Forsa-Umfrage liefert jedes Quartal erschütternde Zahlen als Antwort auf die Frage, welcher Partei die Bürgerinnen und Bürger am ehesten zutrauen, die derzeit wichtigsten politischen Probleme zu lösen. Im Januar 2024 hatte die Antwort „Keiner Partei“ mit 58 Prozent die absolute Mehrheit. Die SPD lag bei acht Prozent, die Grünen bei sieben, die FDP bei zwei Prozent. Die CDU als stärkste Oppositionspartei kommt auf gerade mal 16 Prozent.¹⁸ Wir verfolgen diese Statistik seit einigen Jahren, die Zahlen ändern sich nur in Nuancen: die Mehrheit der Deutschen traut seit längerer Zeit keiner Partei mehr die Problemlösung für die großen Fragen unserer Zeit zu.

Getreu dem Ausspruch von Kurt Tucholsky „Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt vieles richtig“¹⁹ und in dem Wissen, wie angreifbar die Demokratie im Zustand der mehrheitlichen Unzufriedenheit ist, müssen sich die Parteien die Frage stellen, was sie ändern

müssen beziehungsweise wie sie sich verändern können, und zwar umgehend. Denn sie haben die Pflicht, die Demokratie nicht nur zu schützen, sondern durch Lösungen von Problemen weiterzuentwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen im Sinne Tucholskys also durchaus richtig, dass Parteien derzeit nur noch bedingt – zumindest nicht mehr flächendeckend – dazu in der Lage sind, die „Willensbildung des Volkes“ auf qualitativ hohem Niveau abzubilden. Die massive Kritik der Bevölkerung an der Ampel-Bundesregierung, deren Start ja durchaus mit Wohlwollen und Optimismus begleitet wurde, spricht Bände. Wo und wie können die Parteien ansetzen, um wieder zu erstarken?

Georg Diez sieht in der „Veränderbarkeit von Systemen unter Krisendruck“ eine der Grundfragen der Demokratie im 21. Jahrhundert. Parteien, so Diez, würden idealtypisch gewählt für ihre Ideen und Lösungsvorschläge. „Parteien werden heute, so scheint es, tatsächlich aber vor allem deshalb gewählt, weil es eingeübtes Verhalten ist und zu wenige Alternativen existieren. Parteien sind Teil der mentalen Infrastruktur des 20. Jahrhunderts, sie gliedern den Diskurs und die politische Realität in verlässliche Einheiten. Hier stehen die, dort stehen die. Aber die Realität verhält sich nicht so, hier das, dort das.“²⁰ Kurz gesagt: Die ganze Welt verändert sich, nur die Parteien nicht. Nicht kulturell, nicht strukturell, nicht personell. Wenn Mitgliederzahlen ein Indikator für die Lebhaftigkeit einer Organisation sind, sieht es für die SPD und CDU düster aus: Seit den 1990er Jahren haben diese sich in beiden Parteien halbiert. Nur um die 15 Prozent der Mitglieder sind unter 40 Jahre alt.

Anschaulich berichten Clemens Holtmann und Hanno Burmester in ihrem Buch „Liebeserklärung an eine Partei, die es nicht gibt“ von dem Ankommen und Alltag in einer Partei.²¹ Am viel zitierten Parteien-Stammtisch hat man sich zu integrieren und sollte sich auf einen ersten Abend der Einsamkeit einstellen. Denn bis man zur Ingroup gehört, das Liedgut aus dem 19. Jahrhundert draufhat, vergeht eine Weile. Man

hat sich kulturell zu assimilieren, die Folklore mitzumachen, Treffen zu teils völlig alltagsfremden Zeiten zu besuchen. Gern dann, wenn man eigentlich die Kinder ins Bett bringen müsste. Und wenn es um Parteiämter und Aufstellungen zu Wahlen geht, gilt natürlich meist das Prinzip: Hinten anstellen. Unabhängig von Qualifikationen, Talenten, Zielen, Leistungen und Lebensläufen. Politische Leistung muss sich hier nicht zwingend lohnen. Hanno Burmester spricht von einer tiefen „Kluft zwischen Lebenswirklichkeit und Parteiwirklichkeit“.²² Die entscheidende Frage ist nicht, ob Parteien sich ändern können (jede Organisation kann sich verändern), sondern ob sie das wollen. Noch suchen die Parteien Antworten in den kleinen Schritten der organisatorischen Veränderung: Hier eine junge Kandidatin, die es ausnahmsweise mal auf einen vorderen Listenplatz schafft; dort ein digitaler Parteitag, der die eigene Familienfreundlichkeit rühmt. Bei allem Respekt vor diesen ersten Schritten, mit kleinen Veränderungen ist es nicht getan. Ohne die disruptive Transformation von Struktur und Kultur wird es immer schwerer für die etablierten Parteien, weiter zu existieren. Wenn in allen anderen Lebensbereichen die Veränderungsdynamik anhält und der gesellschaftliche Anspruch an politische Angebote steigt – und davon ist auszugehen –, werden die Parteien weiter abgehängt. Und irgendwann zurückgelassen. Es gilt der alte Spruch: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Wer aber passt dann auf unsere Demokratie auf?

Personalmanagement ist über die letzten Jahrzehnte ein zentraler Aspekt von Organisationsreform im privaten und öffentlichen Sektor geworden. Es beeinflusst die Rekrutierung und die Auswahl des Personals, wie sie arbeiten, und damit den Erfolg einer jeden Organisation. Parteien hängen ganz wesentlich von einer guten Gesamtperformance ab und davon, ob die Öffentlichkeit sie als kompetent genug erachtet, um soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen zu lösen. Die Selektion und Kompetenzen ihrer (aktiven) Mitglieder sind

daher essenziell für die erfolgreiche Arbeit der Parteien. Eine besonders wichtige Rolle haben die Repräsentanten der ersten Linie, die unter permanenter medialer Aufmerksamkeit stehen. Man könnte sagen, Personal ist die zentrale Ressource von Parteien. Umso erstaunlicher, dass gerade etablierte Parteien so weit weg sind von Reformbemühungen, hin zu einem modernen transparenten Personalmanagement!

Zu einem modernen Personalmanagement gehört es, einen innerparteilichen Wettbewerb um die klügsten Köpfe und Ideen zu eröffnen. Die Aufstellungsverfahren für die begehrten Plätze für Ämter und Mandate müssen transparenter, fairer und offener gestaltet werden. Die Parteien müssten mit aktivem Talent-Scouting und -Recruitment anfangen. In all diesen Bereichen müssten sie auch neue innovative Wege testen, um den Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Die viel gerühmte innerparteiliche Demokratie führt in der Realität oft dazu, dass Funktionsträger, die das schon immer so gemacht haben, und Delegierte (für die Gleiches gilt) gemeinsam die Parteilisten ausklügelten. Die durchaus historisch begründete Angst vor dem Neuen – insbesondere vor neuen aufstrebenden Talenten – erscheint wie ein willkommener Vorwand, um nichts an den etablierten Entscheidungsstrukturen zu verändern. Das wenig überraschende Ergebnis: Eine erschreckende Homogenität der aussichtsreich Kandidierenden und folglich die sehr eingeschränkte Repräsentation einer zugleich immer heterogener werdenden Gesellschaft. Welche Gesellschaft bildet das noch ab?

Wieso gibt es bei den Aufstellungsverfahren zu Wahlen weit und breit keine ernst zu nehmende Reformbestrebung in den etablierten Parteien? Die zivilgesellschaftliche Initiative Parteiwatch bemüht sich, Transparenz in die innerparteilichen Aufstellungsverfahren zu bringen, und konstatiert, dass die Plätze für die Landeslisten zwar offiziell über parteiinterne Wahlverfahren bestimmt, in der Realität aber oft-

mals durch die Machtposition zum Beispiel von Parteivorsitzenden beeinflusst werden. Auch würden die Abstimmungen selten von den Parteien dokumentiert und wenig medial kritisch begleitet.

Klar, wenn es um die Listenaufstellung von Parteien geht, begibt man sich schnell in den Bereich des politischen Nerd-Wissens. Die breite Öffentlichkeit interessiert sich schon gar nicht für ein solches Nischenthema. Vielleicht schalten auch Sie, liebe Leserin und Leser, an dieser Stelle etwas ab? Das wäre verständlich, aber schade. Denn die Wirkung der Listen ist enorm! Letztlich entscheiden sie über die Qualität der Politik, hiernach der Demokratie: 60 Prozent der Bundestagsabgeordneten sind laut Parteiwatch 2021 über die Listen in den Bundestag eingezogen.²³ Die Wahlrechtsreform wird die Macht der Listen noch verstärken und das Angebot verknapfen, denn der Bundestag wird 2025 um gut hundert Mandatsträger schrumpfen. Für talentierte Nachwuchspolitikerinnen und politische Quereinsteiger, die häufig auf ein Direktmandat in ihrem Wahlkreis angewiesen sind, für das sie die Mehrheit der Stimmen in ihrem Wahlkreis erhalten müssen, wird es noch schwerer werden, in den Bundestag zu kommen, wenn die Parteien bei ihrem altbewährten Aufstellungsverfahren für die Listen bleiben.

Viele junge, ambitionierte, insbesondere weibliche politische Talente – aus allen Parteien im Übrigen – können ein trauriges Lied von abgekarteten Aufstellungsverfahren und Listenparteitagen singen. Eine junge Frau, die wir mit begleiten durften, schilderte uns eindrücklich, wie sie jahrelang als junge Vorzeigefrau in der Partei gefördert und hoffiert wurde, um dann beim Listenparteitag mit einem Listenplatz jenseits der 40 abgestraft zu werden. Ihre Region in dem Bundesland hätte ja nun mal schon so gute Plätze zugewiesen bekommen, Parteien haben dafür das Wort „Regionalproporz“ gefunden, Partei-Poesie par excellence! Und dann war da noch die ältere Dame im Rentenalter, die dem aufstrebenden Talent im Weg stand. Sie hätte einfach noch mal Lust